

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-285
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwirts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2800-2801

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stegerwald überlegt.

Der Reichspräsident besprach heute morgen mit dem Reichstagsabgeordneten und früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald die Frage der Uebernahme der Regierungsbildung. Abg. Stegerwald hat sich seine endgültige Entscheidung noch vorbehalten.

Die vorstehende Meldung beweist deutlicher als irgend etwas anderes, daß die bürgerlichen Fraktionsführer noch nichts Festes in der Hand hatten, als sie die Kombination Albert zum Scheitern brachten. Ohne den Druck, der durch die Beauftragung Alberts auf sie ausgeübt wurde, wären sie wahrscheinlich überhaupt noch nicht dazu gekommen, ernstlich über die Lösung der Regierungskrise nachzudenken.

Es scheint, daß es den Deutschnationalen jetzt darauf ankommt, sich um jeden Preis dazwischenzuklemmen, und daß sie deshalb einige Plüße zurückgesteckt haben. Sie betonen sich jetzt zu dem Grundsatz, daß Artischoden nur blattweise gegessen werden. Wenn sie sich wirklich zur Anerkennung der Verfassung entschlossen, auf die Aufkündigung des Friedensvertrages verzichten haben sollten, wenn sie wirklich versprochen haben sollten, vorläufig von der Großen Koalition in Preußen ihre Finger lassen zu wollen und mit der Befämpfung der illegalen Verbände einverstanden zu sein, so kann man darüber nur lachen.

Damit werden freilich die bürgerlichen Mittelparteien in die schwerste Verlegenheit versetzt. Wenn die Sozialdemokratie im Reich aus der Koalition austrat, so hätte sie dafür, wie niemand verkennet, schwerwiegende sachliche Gründe. Welche Gründe aber haben die bürgerlichen Mittelparteien, in Preußen die Koalition zu sprengen, außer dem deutschnationalen Diktat? Die Koalition hat in Preußen mehr als zwei Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen leidlich Ordnung gehalten, die Ruhe und Beständigkeit in Preußen blieb ein Trost während der schweren politischen Krisen des Reichs.

Erinnert man sich, mit welchem edlen Stolz die bescheidenen Voraussetzungen der Sozialdemokraten für ihr Verbleiben in der Reichskoalition abgelehnt wurden, so springt der Unterschied des Verfahrens noch mehr in die Augen.

Rachdem man den linken Flügel des Zentrums klingelegt hat, liegt die Schwierigkeit bei den Demokraten. Zur „Neutralität“ scheinen sie schon bereit zu sein, ob aber auch zur Beteiligung am Geschäft? Das ist die Frage, über die in der demokratischen Reichstagsfraktion jetzt beraten wird.

neien, drei weniger als die Hälfte. Wir nehmen dabei an, daß der Bürgerblock die drei Böttischen um ihren Eintritt zu nächst nicht bitten wird.

Trotzdem wird wohl das Kabinett Stegerwald doch Tatsache werden. Denn wenn es auch noch knapp vor dem Hasen schütterte, so bliebe den bürgerlichen Parteien kaum etwas anderes übrig als zu Ebert zu gehen und ihn zu bitten, er möge nun doch lieber eine Beamtenregierung einsehen. Das werden sie nicht tun wollen, und nur darum ist das Zustandekommen der Regierung Stegerwald wahrscheinlich.

Sie wollen Preußen!

Ueber den Stand der Krise wird weiter gemeldet: Nach dem günstigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei am gestrigen Abend hat Herr Stegerwald unter Vorbehalt die Bildung eines neuen Kabinetts übernommen. Es scheint, daß er die Demokraten in das Kabinett einzubeziehen wünscht. Ueber die Ereignisse am gestrigen Abend sind in einem Teil der Presse falsche Darstellungen enthalten, die die Deutschnationale Partei veranlaßt, seitzustellen, das „Foreberungen“ der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt nicht unterbreitet, Erklärungen darüber von ihr weder verlangt noch abgegeben worden sind, daß man sich vielmehr nur über gewisse sachliche Fragen ausgesprochen und dabei festgesetzt habe, daß wesentliche, ein Zusammengehen verhindernde Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden. Die einzige Erklärung, die von der deutschnationalen Fraktion nach ihrer gestrigen Abendssitzung den anderen Parteien überreicht worden sei, habe folgenden Wortlaut gehabt:

Die Deutschnationale Volkspartei ist bereit, in ein bürgerliches Koalitionskabinett Stegerwald einzutreten, wenn 1. Die Deutschnationalen in diesem Kabinett durch den Finanzminister und, diesen eingeschlossen in einer ihrer Stärke entsprechenden Weise vertreten sind, 2. ausreichende Sicherheiten dafür vorliegen, daß an Stelle der großen Koalition in Preußen eine bürgerliche Koalition, einschließlich der Deutschnationalen herbeigeführt wird bei der die letzteren in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise vertreten sind.

Heute vormittag traten nur die Demokraten zu einer Fraktions-sitzung zusammen. Von dieser Sitzung erwartet man entscheidende Beschlüsse darüber, ob die Demokraten mit in das Kabinett eintreten werden oder nicht. Die übrigen bürgerlichen Parteien werden sich am Nachmittag mit Fraktions-sitzungen anschließen.

Eine „Kombination von Privatinteressen“.

Paris, 28. November. (Eca.) Die Nachricht von der Möglichkeit einer Regierung Stegerwald mit Unterstützung der Deutschnationalen wird in hiesigen Kreisen sehr ungünstig aufgenommen. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ bezeichnet die Kombination, die unter Führung Stegerwalds in Berliner Kreisen genannt wird, als eine „Kombination von Privatinteressen, die die Verfassung nur mit Worten anerkennen würde, um unnütze Kompensationen zu vermeiden“. Er meint, die Kombination Stegerwald hätte die gleiche Bedeutung wie ein Kabinett Cuno, belastet durch einen überwiegend reaktionären Einfluß.

Das Micum-Abkommen.

Reichlich zwei Monate nach der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet ist es gelungen, das Abkommen zwischen dem rheinisch-westfälischen Bergbau und der zuständigen Interalliierten Kontrollkommission für Fabriken und Bergwerke (Micum) zum Abschluß zu bringen. Das ist eine Tatsache von überaus weitreichender Bedeutung. Denn sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich und sozial wird dadurch für das Ruhrgebiet und das Deutsche Reich eine ganz neue Situation geschaffen.

Der Inhalt des Abkommens, als dessen Voraussetzung gilt, daß binnen zehn Tagen 80 Proz. der Bergwerke alle Bestimmungen des Vertrages annehmen, enthält schwere und drückende Lasten: 1. Es gehen die gesamten, vor dem 1. Oktober dieses Jahres angelegten Lager endgültig in das Eigentum der Besatzungsbehörde über. 2. Die Bergwerke haben 15 Millionen Dollar als einmalige Abgeltung für die rückständigen Kohlensteuern zu zahlen. 3. Neben diesen beiden Verpflichtungen aus früherer Zeit ist dauernd eine Abgabe von 10 französischen Frank für die Tonne Kohle von der gesamten zukünftigen Förderung zu leisten, und außerdem 4. etwa 20 Proz. der künftigen Kohlenherzeugung unentgeltlich an Frankreich und Belgien zu liefern. Ferner ist 5. die Ausführung an die Genehmigung geknüpft, und sind 6. Lieferungen von Nebenprodukten zu übernehmen, die nach Gegenstand besonderer Abmachungen sind. Die gesamten Lieferungen werden nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages auf den Reparationskonto gutgeschrieben. Doch bleibt die letzte Entscheidung darüber, in welcher Weise diese Gutschrift erfolgt, der Reparationskommission vorbehalten. Auch sonst wird das Abkommen nur als ein Provisorium betrachtet; es ist vorläufig bis zum 15. April 1924 befristet.

Man darf hoffen, daß es nun endlich wenigstens zur teilweisen Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet kommt, und daß das ungeheure Elend, das sich in diesem ganz auf Arbeit und Erwerb eingestellten Wirtschaftsgebiet angesammelt hat, langsam gemildert wird. Einer allgemeinen Arbeitsaufnahme dürfte vor allem im Wege stehen die völlige Desorganisation des Verkehrsnetzes, der Mangel einer Verständigung über die schleunige Inangriffnahme des Verkehrs mit den Franzosen, und die Unmöglichkeit, im alten Umfange zu produzieren, solange nicht für den geregelten Abtransport der Erzeugnisse Sorge getragen ist. Trotz alledem ist der erste Schritt getan, und der Alb, der die stärkste Hoffnungslosigkeit zur Folge gehabt hat, im Weichen begriffen.

Die Genugtuung über dieses Anzeichen der Wendung in den Beziehungen des Ruhrgebietes und Deutschlands zu Frankreich und Belgien darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Abkommen eine sehr starke Belastung der deutschen Wirtschaft enthält. Und wenn auch vorläufig allem Anschein nach die Frage der Erstattung dieser Lasten durch das Reich etwas in den Hintergrund getreten ist, so bleibt sie doch noch zu regeln. In diesem Zusammenhang erscheint es noch notwendig, die Frage aufzuwerfen, ob das mit dem Micum-Vertrag erzielte Ergebnis bei vernünftiger Haltung insbesondere der Ruhrindustriellen früher nicht billiger und leichter zu erreichen gewesen wäre. Jahrelang waren es gerade die Kreise der Schwerindustrie, die die Möglichkeit und Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen auf das bestmögliche bestritten. Ihre Haltung hat sehr viel dazu beigetragen, Deutschland in den offenen Konflikt mit Frankreich und Belgien zu treiben. Die Unterschrift, die die Ruhrindustriellen jetzt unter den Micum-Vertrag gesetzt haben, ist zugleich das beste Bekenntnis für die so fürchtbar von ihnen verpönte Erfüllungspolitik. Und es ist eine späte Einsicht, wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 549) diesen Vertrag mit Freude begrüßt und ihm folgende Versicherung mit auf den Weg gibt:

„Die Unterschrift der Leiter des rheinisch-westfälischen Bergbaues bürgt aber der Gegenseite für eine pünktliche Ausführung, und sie bürgt dem besetzten und unbefetzten Deutschland dafür, daß nunmehr eine Periode der Entspannung eintritt, die es ermöglichen wird, das unbefetzte Deutschland mit den notwendigen Produkten aus seinem Hauptindustriengebiet, die Bewohner des besetzten Gebietes, die schon so Unendliches erduldet haben, mit Arbeit und Brot zu versehen.“

Hätten die Ruhrindustriellen sich früher von diesen Gedankengängen leiten lassen, so wäre Deutschland und seiner gequälten Bevölkerung viel Unglück und Kummer erspart geblieben. Durch das Micum-Abkommen haben die Ruhrindustriellen sich verpflichtet, als Kohlensteuer jährlich etwa 250 Millionen Goldmark an die Alliierten zu zahlen. Der Wert der Lieferung von etwa 20 Millionen Tonnen Kohle beträgt mindestens 400 Millionen Goldmark. Allein aus der Belastung des Ruhrgebietes und aus den Kohlenlieferungen wird also Deutschland künftig 650 Millionen Goldmark an Reparationen jährlich leisten. Dazu aber kommen noch Barleistungen für die Reparationskommission, ferner die Zoll- und Gebührenerhebung durch die Besatzungsmächte, so daß kaum ein Zweifel darüber besteht, daß die Erfüllungspolitik, die nach dem verlorenen Ruhrkrieg, die nach der Bergung ungezählter Goldmillarden für den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik jetzt unter der Führung der Schwerindustrie betrieben wird, viel teurer ist, als die von ihnen bekämpfte Rathenau-Wirtschaftliche Erfüllungspolitik.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß sich die Ruhrindustriellen nicht freiwillig zu diesem völligen Wechsel ihrer Haltung entschlossen haben. Solange sie mit den Mitteln der

Kommunistenwaffen im Landtag.

Demonstration auf Moskauer Befehl.

Im Landtage erhielt bei der Eröffnung der Sitzung Präsident Seiwert ein Schreiben der kommunistischen Fraktion, in dem gegen die Verhaftung der Abgeordneten Frau Wolffstein protestiert wird. Er teilt mit, daß er diese Beschwerde an den Minister des Innern weitergegeben habe. Der Minister habe darauf erwidert, nach polizeilichen Angaben sei Frau Wolffstein bei Begehung einer strafbaren Handlung verhaftet, die Immunität also nicht verleiht worden.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) beantragt die Freilassung der Abgeordneten Wolffstein zu beschließen, außerdem die Angelegenheit dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Innenminister Seewering weist den Vorwurf zurück, daß die Postzollorgane die Immunität verletzten. Die Immunität dürfe nicht als Schutzschild für Verbrechen dienen. (Beifall bei der Mehrheit, Wärm bei den Kommunisten.) Der Minister verliest den polizeilichen Bericht, worin erklärt wird, daß Frau Wolffstein im Lustgarten als Teilnehmerin und Leiterin der Demonstration verhaftet worden ist.

Diese Demonstration sei auf Befehl der Moskauer Exekutive veranstaltet worden. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Der Minister verweist zum Beweis dafür einen ausgefangenen Brief der Moskauer Exekutive. Darin wird der Berliner Zeitung der A.D. der Vorwurf mangelnder Aktivität gemacht. Es wird darin behauptet, daß beim Zusammenritt des Reichstages die kommunistischen Abgeordneten durch Zurückziehen ihre gewaltsame Enfristung aus dem Saal provoziert und im Anschluß daran der bewaffnete Aufstand proklamiert werden müßte. Minister Seewering erklärt dazu: es handle sich hier um die Generalprobe für einen großen bewaffneten Aufstand. Was die Kommunisten darauf mit Geschäfter antworteten, ruft der Minister: „Ich bitte einige Waffen auf den Tisch des Hauses zu legen.“

Darauf teilte sich der Vorhang nach vom Rückzug und mehrere Diener schleppten schwere Maschinengewehre, Gewehre und Karabiner auf den Tisch. Der Minister erklärt dazu: Vom 15. November bis jetzt seien über 4000 Rauserpistolen, 500 Karabiner, 2 Dörner schwere Maschinengewehre und viele andere kommunistische Waffen

aufgefunden worden. Weitere Waffenlager seien ermittelt. Die Regierung werde alle Mittel anwenden, um den blutigen Bürgerkrieg zu verhindern. (Beifall bei der Mehrheit.)

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Im Prozeß wegen der Lösung des Frankfurter Staatsanwalts Haas wurden vier Angeklagte wegen Landfriedensbruch bzw. Totschlag zu Zuchthausstrafen von vier bis acht Jahren, die übrigen zu zwei bis vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Krachstimmung an der Börse.

Devisenkurse amtlich unverändert.

An der Börse haben sich schwere Gewitterwolken zusammengezogen, deren Entladung heute bereits ihren Anfang nahm. Die innere Struktur des Marktes ist seit längerer Zeit eine außerordentlich ungesunde. Die Spekulation, die seit Wochen vergebens auf stärkere Kurssteigerung rechnet, und erhebliche Hausse-Engagements einging, hat durch die hohen Zinssätze für Leihgeld schwere Einbuße erlitten. Die Hoffnung, daß eine durchgreifende Besserung der Geldmarktlage und in Verbindung damit eine Belebung des Effektengeschäfts eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Heute war z. B. Geld wieder knapp. Man zahlte 12 bis 15 Prozent Zins. Außerdem ließen die Geldgeber größte Vorsicht walten und wiesen viele Leihgelder g'alt ab.

Die gestern und heute bereits befragten Zahlungskonkurrenzen kleinerer Bankfirmen und einzelner Berufsspekulanten verfehlten die gesamte Börse in Aufregung und tiefen Bedenken auf der ganzen Linie hervor.

Auch die Meldungen von den heutigen Auslandsbörsen, die eine bemerkenswerte Befestigung des Marktkurses erkennen ließen, sowie die im besetzten Gebiet vorgenommenen großen Angstverkäufe, die von dortigen Devisenspekulanten erfolgten, trugen wesentlich zur Beunruhigung bei. Die unverkennbare Entspannung der innerpolitischen Lage sowie die Unterschätzung des Micum-Vertrages fanden unter diesen Umständen an der Börse keine Beachtung mehr. Ungewöhnlich stark waren die Kursstürze am Montanmarkt.

Inflation sich den Reparationslasten entziehen und Sachgüter anhäufen konnten, während die Massen gleichzeitig verelendeten, ist ihnen das Schicksal des deutschen Volkes und des Ruhrgebietes ziemlich gleichgültig gewesen. Aber auch die Fortsetzung dieser Politik am Ende des Ruhrkrieges nicht mehr möglich war, haben sie noch einmal den Versuch gemacht, auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten die Reparationslasten zu entziehen. Dieselben Großindustriellen, die jetzt beteuern, daß sie nur von der Sorge um die Bewohner des besetzten Gebietes geleitet sind, haben den General Degoutte stehentlich um Hilfe bei der Einführung der Vorkriegsarbeitszeit gebeten. Und als ihnen das nicht gelang, schlossen sie ihre Betriebe, um wiederum von dem französischen General gezwungen zu werden, von diesem brutalen Vorgehen abzulassen. Erst als so ganz offenbar wurde, daß sie nicht darauf rechnen konnten, daß die Besatzungsbehörden ihnen helfen, die Reparationslasten auf Kosten der Arbeiter aufzubringen, hat sich ihre Haltung geändert. Dazu kam, daß die Ausschichtslosigkeit des Widerstandes gegen die Reparationsverpflichtungen auch dem Dummsten klar wurde, und daß ein völliges Stilllegen des Ruhrgebietes und das damit verbundene unabsehbare Elend für seine Bevölkerung auch die Sachgüter und Produktionsstätten in Gefahr brachte, um deren Erhaltung und Vergrößerung willen man so oft das Interesse Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat.

Den Organisationen der Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet erwachsen jetzt aus der neuen Situation große Aufgaben. Die Herren Stinnes und Böger haben ihre Pläne gegen die Arbeiterklasse nicht aufgegeben. Bei der sich jetzt vollziehenden Wiedereröffnung der Betriebe und der Aufnahme der Arbeit dürfen sie den Versuch machen, sie durchzusetzen. Da gilt es denn, alle Kräfte zu mobilisieren, um diesen Versuch mit Erfolg zu verhindern.

In wie hohem Maße es notwendig ist, gegenüber allen Anschlägen der Schwerindustrie auf der Wacht zu sein, geht aus der Kampfanlage hervor, die der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. Pinkerneil gestern in einer Rede vor Pressevertretern der Arbeiterklasse ausgesprochen hat. Dr. Pinkerneil sagte u. a. über den Ricum-Vertrag:

Der Abschluß des Vertrages stellt nur einen Versuch dar, die Beute von der Straße zu nehmen. Soll es gelingen, diesen Versuch zum Erlolge zu führen, so müssen von der Arbeiterklasse nicht nur in der Frage der Arbeitszeit Zugeständnisse gemacht werden, sondern auch die Arbeitsleistung muß sich erhöhen. Vom Bergbau müssen die viel zu hohen sozialen Abgaben genommen werden.

Herr Pinkerneil ist für den Bergbaulichen Verein in Westfalen tätig. Daraus ergibt sich sein brünstiger Ruf nach stärkerer Ausbeutung der Arbeiter und nach Herabsetzung der sozialen Abgaben von selbst.

Noch mehr Gratiskohlen!

In der Anlage II zum Ricum-Vertrag wird die Quote der von der Ruhrindustrie kostenlos an die Entente zu liefernden Reparationskohlen von 18 auf 21 Proz. der Förderung für November erhöht.

Landtagsfraktionen und Landesinstanzen.

Der Parteiaussschuß hat in seiner gestrigen Tagung einen für das Verhältnis der Landesinstanzen zu den Fraktionen der Einzellandtage außerordentlich wichtigen Beschluß gefaßt, bei dessen Wiedergabe in der Morgenausgabe sich leider einige den Sinn ändernde Fehler eingeschlichen haben. Wegen seiner besonderen Bedeutung drucken wir den richtigen Wortlaut des Beschlusses noch einmal ab:

Das Organisationsstatut der Partei regelt die Zuständigkeit der Parteioorganisationen und ihrer Instanzen sowie der Fraktionen der Partei in den Parlamenten.

Mit diesen Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei dürfen die statutarischen Bestimmungen der Bezirke nicht im Widerspruch stehen.

Wintersport.

Von Karl Fischer.

Im Harz und in Thüringen, im Schwarzwald und im Riesengebirge ist vor Tagen bereits Schnee gefallen, und die Schönheit der weiß glänzenden Hänge, Hügel und der hohen Bäume in den weißen Mänteln und den weißen Rippen leuchtet weit in das Land hinein.

In Oberhof und in Harzburg sind, wie die Zeitungen zu melden wissen, alle Vorbereitungen zum Wintersport getroffen, und auch die anderen eleganten Kurorte warten auf die feinen Leute mit den fetten Briefstücken.

Die Eisenbahnverwaltung wird sich sicher der armen Menschen erbarmen, die zu ihrer Erholung den Wintersport so notwendig haben, und Extrazüge nach dem Harz und nach Thüringen, nach dem Schwarzwald und in das Riesengebirge laufen lassen.

Es wäre aber eine große Grausamkeit gegen die matten, müden Menschen, die sich auf der Rodelbahn und im Strudel der Gesellschaften und Feste in den feinen Restaurants neue Kräfte und neuen Mut holen wollen, wenn die Eisenbahndirektion, wie ein dunkles, unheilvolles Gerücht heute schon zur tiefen Trauer aller Beteiligten behauptet, die erste Klasse aus den Zügen zur Schönheit der Schneelandschaft ausschalten wollte.

Denn nur ein ganz roher Mensch wird nicht verstehen können, daß sich diese armen und ganz von Kräften gekommenen Wintersportler unmöglich in der überfüllten zweiten Klasse zusammenpressen lassen oder gar auf den harten Bänken der dritten Klasse räkeln können.

Ist die Hinfahrt unter so erschwerenden Umständen schon beschämend genug, wird die Rückfahrt, bei der man noch die Last der schaflosen Nacht zu tragen hat, in denen man sich von der Beträchtigung und dem Genuß der vielen Schönheiten dieser Natur nicht trennen konnte, einfach zur unaußersichtlichen Qual.

Diese ersten Wintersportler und treuen Naturfreunde, denen nur lauter Rodeln die Zeit nicht reicht, einen süchtigen Blick auf die stille Größe der Natur rings um sie zu richten, hat es ja immer gegeben.

Aber die Zeiten sind für uns alle besser, behäbiger gewissermaßen, geworden.

Früher sah man ihnen wohl mit einer gewissen Wehmut nach, wenn sie mit Schneeschuhen und Rodelschlitzen zu den Fernbahnhöfen in tabellarischem Sportdress sich tröhlten, während wir zu Hause bleiben mußten und wie ewig in einem Gefängnis waren, über dessen hohe Mauern unsere Blicke nicht hinweg konnten.

Heute jedoch hat sich das alles, Gott sei dank, von Grund auf geändert.

Nur kein Reib; wer hat, der hat!

Die Stellung der parteigenösslichen Landtagsfraktionen und der Landesinstanzen zueinander entspricht der Stellung der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses zueinander.

Der Parteiaussschuß stellt daher fest: Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landesparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben.

Beschlüsse von Parteioorganisationen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktionen die Bedeutung parteigenösslicher Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Berücksichtigung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Für ihre Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen ihren Landesparteitagen und der Gesamtpartei verantwortlich.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß die besonderen Verhältnisse in Sachsen diese Stellungnahme des Parteiaussschusses notwendig machten. Dort hatte sich aus Anlaß der letzten Regierungsbildung ein Konflikt zwischen dem Landesarbeitsausschuß und der Landtagsfraktion über die Frage ergeben, welche der beiden Körperschaften die Entscheidung über die Art der Beteiligung der Partei an der sächsischen Regierung zu treffen habe. Um dieses Konflikts willen ist sogar ein besonderer Landesparteitag für den nächsten Sonntag einberufen worden.

Sozialdemokratie und Republik.

Nürnberg, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Nürnberg vom 26. November nahm nach einem Referat des Genossen Geyer eine von dem Genossen Schnepfenhorst eingebrachte Entschließung an. Vor der Annahme wurde eine prinzipielle Diskussion geführt zwischen dem Genossen Reichsagsabgeordneten Simon-Nürnberg, der sie heftig bekämpfte, und den Genossen Schnepfenhorst und Geyer, die sie befürworteten. Von den Anwesenden, etwa 2000, stimmten etwa 100 gegen die Entschließung.

Der Weg aus dem wirtschaftlichen Elend der Massen und der politischen Verwirrung unserer Tage ist nur zu bahnen auf der Grundlage der demokratischen Verfassung der Deutschen Republik durch die parlamentarische Arbeit der Volksvertretung und durch das freie, durch keinerlei Ausnahmegesetze gehinderte Spiel der demokratisch-republikanischen Kräfte.

Das Ziel der Rettung des Volkes vor dem wirtschaftlichen Untergang wird gefährdet durch eine prinzipielle Abkehr von der praktischen Mitarbeit an den Staatsaufgaben. Ohne die Behauptung der Reichseinheit in der Republik ist ein geschlossener erfolgreicher Kampf der Arbeiterschaft in Deutschland unmöglich.

Die Deutsche Sozialdemokratie kann angesichts des Elends der Massen und der politischen Gefahren, die die demokratische Republik bedrohen, nicht tatenlos die Bestimmung des politischen Kurles in Deutschland den bürgerlichen Parteien allein überlassen und damit eine wichtige Position des Klassenkampfes aufgeben in einem Augenblick der Verteidigung der Arbeiterklassen gegenüber mächtigen Klassengegnern.

Die Durchführung ihrer Aufgaben im Parlament erfordert die parlamentarische Zusammenarbeit der einheitlich und geschlossen auftretenden Sozialdemokratie mit allen republikanischen Parteien zur Herstellung einer auf fester parlamentarischer Grundlage ruhenden Regierung zur Durchführung der zur Rettung der im Elend verfallenden Massen des Volkes notwendigen Aufgaben auf dem Gebiete der Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik.

Die Nürnberger Parteigenossenschaft erwartet von der Parteileitung und ihrer parlamentarischen Vertretung ein geschlossenes Auftreten in diesem Sinne.

Degoutte und Kahr.

Der „Vorwärts“ im besetzten Gebiet wieder erlaubt.

Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion in Düsseldorf ist das Verbot des „Vorwärts“ für das neu besetzte und Einbruchgebiet aufgehoben worden. Unsere Zeitung kann also nach den in Betracht kommenden Orten wieder abgehandelt werden.

In Kahr-Bayern jedoch, einem immerhin noch deutschen Lande mit deutscher Regierung, ist der Vertrieb des „Vorwärts“ noch immer verboten.

Und wir haben jetzt den Wintersport bei uns zu Hause und brauchen nicht nach dem Schwarzwald und dem Riesengebirge oder nach Thüringen und dem Harz, womöglich noch in der harten dritten Klasse zu reisen.

Der Doktor steigt und springt — man sollte gar nicht glauben, wie lebendig so ein liebes Ding sein kann — und da heißt es laufen und laufen.

Um drei Uhr nachmittags wird der neue Dollar verkündet und wie hoch er aufs neue gestillert ist, und nun heißt es, den Hausen Papiergeld, den man noch hat, vor drei Uhr und vor der neuen Erhöhung des Dalles, wie des Dollars, los werden.

Nun heißt es laufen, laufen, denn um ein Uhr schließen die Geschäfte.

Ja, das ist eine Lust, von Straße zu Straße zu stürmen und von Baden zu Baden zu türmen, und das ist eine Freude, wenn man vor dem erhöhten Dollar noch Ziel und Einkauf gefunden hat.

Und anregend ist dieser Sport und interessant zu beobachten, wie andere auf der Straße bleiben und sich überhaupt nicht mehr erholen und erheben können.

Der Wintersport im Gebirge mag ja für bescheidene Gemüter genügen.

Ich lobe mir unseren Wintersport, der ist doch viel lustiger und viel gesünder.

Philologen und Theologen.

In der gesamten Beamtenschaft herrscht ein großer Schlotter wegen des kommenden Abbaus. Ob auch die Theologen Sange haben, ist uns unbekannt und wenig glaubhaft. Und doch wäre gerade hier eine Revision sehr angebracht und zeitgemäß, wenigstens in der Betätigung der Gottesgelehrten im Schulfach, in das sie gar nicht hineingehören. Die Schule den Schulleuten, die Kirche den Geistlichen! Die Schulleute (schreien Jeter und Nordis über den kommenden Abbau, anstatt sich mal der Einbringlinge in ihr eigenes Fach zu erwehren, wie es ja die Ärzte mit Entschiedenheit schon lange tun und wie es die Geistlichen — umgekehrt den Schulleuten gegenüber — mit allen Mitteln tun würden.

Bis ins Ministerium hinauf sitzen (ehemalige) Theologen, die in Schallachen ein entscheidendes Wörtchen zu sagen haben. Viele Gottesgelehrte haben ein sogenanntes Rektoratseigenen abgelegt und sind Leiter oder Lehrer von Rektorschulen (bis Terlia). Andere wiederum haben ein Examen gebaut mit Religion und Hebräisch und sonst einem dritten Fach und wirken dann als Lehrer an höheren Schulen. Wie ein solcher Unterricht auf die übrigen Fächer abwirft, kann sich jeder vorstellen.

Religion wird als Fach in den Schulen unterrichtet, und da wäre es doch nicht mehr wie recht und billig, wenn der Geistliche der betreffenden Religionsgemeinschaft diesen Unterricht erteilt. Nur diesen. Wenn aber ein Saie mit Religionsunterricht betraut werden soll, so schaffe man doch den eigentlichen Religionslehrer, und

Schlupfwinkel der Inflation.

Die Möglichkeit, mit den Papiermarktkrediten der Reichsbank ungeheure Inflationsergebnisse zu machen, ist neben der Finanzzerstückelung des Reiches die Hauptursache für den Verfall der Mark gewesen. Man hätte annehmen dürfen, daß spätestens mit dem Veruch der Währungsreform jede private Inflationsquelle rücksichtslos verstopft würde. Die Papiermarkkredite der Reichsbank sind ja nun auch fast vollständig eingestellt. Stattdessen aber besteht immer noch die Möglichkeit, mit Hilfe der Darlehnskassen Papiermarkkredite auf Dollarfahranweisungen und Goldanleihe zu erhalten.

Auf diesem Wege werden jetzt so große Inflationsergebnisse gemacht wie ehemals mit den Papiermarktkrediten der Reichsbank. Ber z. B. von Anfang September bis Mitte November von der Möglichkeit der Besetzung von Dollarfahranweisungen oder Goldanleihe Gebrauch gemacht hat, hat bei jedem Dollar einen Gewinn von 8,25 Goldmark gemacht, also fast den doppelten Betrag. Auf diese Weise ist wiederum das Interesse der Banken und der Säumerindustrie an dauernder Senkung des Markkurses außerordentlich stark geworden. Diese Kreise haben jetzt durchgesetzt, daß das Kontingent der Darlehnskassen, das erschöpft war und somit den Inflationsergebnissen ein Hemmnis bereitete, auf zehn Trillionen heraufgesetzt wurde und daß Dollarfahranweisungen zu einem Höchstkurs von 2 Billionen Mark pro Dollar beliehen werden können. Dieses Vorgehen stützt sich auf das Gesetz über die Ausgabe von Dollarfahranweisungen, in dem die Befreiungsmöglichkeit vorgelesen ist.

Die Sozialdemokratie hat bereits bei der Beratung dieses Gesetzes diese Bestimmung auf das schärfste bekämpft und auf die Gefahren hingewiesen, die aus ihr entstehen müssen. Trotzdem haben die bürgerlichen Parteien sie beschlossen. Wenn aber irgendwo der Artikel 48 der Reichsverfassung mit Recht angewendet werden kann, so in diesem Falle. Es muß jetzt durch eine auf diesen Artikel gestützte Verordnung das Befreiungsrecht für Dollarfahranweisungen und Goldanleihe sofort beseitigt werden.

Von rechts und links.

Bei den gestrigen Demonstrationen der Kommunisten ist die Landtagsabgeordnete Rosa Wolffstein verhaftet worden. Ihre Immunität gilt als nicht mehr bestehend, da sie auf frischer Tat ertappt wurde. Bürgerliche Korrespondenzen berichten von „russischen Agitatoren“, ohne daß bestimmte Angaben gemacht werden. In der Breiten Straße wurde der Versuch eines Barrikadenbaues von der Schupo verhindert.

Auch im Westen Berlins ist es gestern abend zu Demonstrationen gekommen, allerdings hier von der anderen Seite. Die Deutschvölkischen wollten in den Hohenzollernjubiläum und im Kaiser-Friedrich-Zelt Versammlungen veranstalten, die aber von der Polizei verboten waren. Infolgedessen kam es in der Berliner Straße zu Ansammlungen, die aber leicht zerstreut werden konnten. In der Ecke der Bülowstraße und Schillerstraße mußte ein aus 60 Personen bestehender Demonstrationzug der Deutschvölkischen aufgelöst werden; ein Teilnehmer wurde zwangsgestellt.

Das Polizeipräsidium teilt mit:

Die bei den gestrigen Kundgebungen festgenommenen 77 Personen sind heute bei der politischen Polizei eingehenden Vernehmungen unterzogen worden. Die meisten von ihnen, u. a. auch das Mitglied des Preussischen Landtages Rosa Wolffstein, werden nach Abschluß des polizeilichen Ermittlungsverfahrens dem Richter vorgeführt, um sich wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs und wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Militärbeschießhabers vom 28. September 1923 zu verantworten.

Die Gattin Morosoffs, des in Kaufman ermordeten russischen Sowjetdelegierten, die seit dem Tode ihres Gatten krank war, ist im Alter von 40 Jahren in St. Blasien gestorben.

zwar so, wie man etwa Zeichen- oder Gesanglehrer bereits hat.

Der Grundfehler liegt in den Examenbestimmungen, die Religion als Fach in beliebiger Zusammenfassung mit anderen freilassen, sogar erwünschen. Sonstige Fortschritte wäre es, hier einmal Wandel zu schaffen. Hier könnte abgebaut, hier müßte umgebaut werden! Da gäbe es Lust für manchen stillensten Studienassessor und Studienreferendar! Über eines wollen wir in kommenden Zeit genau beachten und suchen, wenn das Abbaugesetz nicht rückgängig gemacht wird: wieviel linksorientierte Lehrkräfte abgebaut werden. . . .

Proletarisierung der russischen Hochschulen. Die Aufnahme in die russischen Hochschulen für das Lehrjahr 1923/24 ist, wie der Petersburger Berichterstatter des Ost-Express schreibt, im Oktober abgeschlossen worden. Das Ziel, das sich die Unterrichtsverwaltung gestellt hatte, ist erreicht: Proletarisierung der Studentenschaft. Im Sommer waren in genauen Regeln für die Aufnahme die sozialen und politischen Gesichtspunkte festgelegt worden, nach denen die Aspiranten in Gruppen eingeteilt wurden. Solcher Gruppen gab es mehr als 19. Die ersten Gruppen bildeten die Mitglieder der Russischen Kommunistischen Partei (RKP) und des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol), dann folgten die Absolventen der sogenannten Arbeiterfakultäten, die fast ausschließlich von Arbeitern und Bauern besucht werden dürfen. Dann folgten die Kinder von Handwerker, Kaufleuten, in letzter Linie die Kinder von Edelleuten und Geistlichen. Allerdings ist den Kindern von Hochschullehrern eine Vorzugsstellung eingeräumt. Da der Andrang in diesem Jahr besonders groß war, kamen die letzten Gruppen fast gar nicht in Betracht. Neben dieser Gruppierung vom Klassenstandpunkt wurde nach ein anderes wirksames Mittel angewandt. Alle Kandidaten mußten sich einer Prüfung unterwerfen, bei der sie nicht nur in Russisch, Geschichte, Mathematik und Physik examiniert wurden, sondern auch im politischen ABC. Unter diesem Ausdruck versteht man außer den Grundbügen des Marxismus und der Sowjetkonstitution auch die aktuelle Politik der Regierung. Es ist klar, daß dieses uralte Fragegebiet die Möglichkeit gab, unerwünschte Elemente abzutrennen.

Ein internationaler Vogelshuhverband. Von englischer, amerikanischer und französischer Seite will man einen internationalen Vogelshuhverband gründen, der sich besonders auch um den Erfolg internationaler Vogelshuhwette bemühen will. Wegen der Wanderwohnheit vieler Vögel ist ein Schuh ja auch nur wirksam, wenn er international ausgelegt wird. Ramentlich will man das Auslaufenlassen großer Dalmatiner auf dem Meere verbieten, da dadurch Tausende von Seevögeln zugrunde gehen.

Vorträge. Dr. Gustav Byncken spricht am 3. Dez. über „Der europäische Geist und die Moral der Zukunft“; 4. Dez. über „Die Aufgabe der deutschen Jugendbewegung“; 5. Dez. über „Erziehung zur Weltanschauung“. Alle Vorträge finden 7,5 Uhr in der Berliner Stadthalle, Klosterstr. 11, statt. Karten von 25. Von ab G. Spittlerstr. 28, Magdeburger-Straße 7 und 59. Gellertstr. 11, Berlin-Neudamm, Biederstr. 24, 1.

Das Delling-Theater bleibt am Donnerstag geschlossen. Am Freitag neu einstudiert: „Michael Kramer“.

Ärzte und Krankenkassen.

Der Ueberwachungsausschuss soll entscheiden.

Am 26. November empfing der Reichsarbeitsminister Vertreter der Berliner Ärzte zu einer Aussprache wegen der Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen. Dem Groß-Berliner Ärztebund und dem Leipziger Ärzteverband, die gebeten hatten, die Wirkung einer Kündigung durch den Kassenvorstand bis zur Entscheidung durch den Ueberwachungsausschuss in Schwebelassen, hat der Minister das Folgende nach Prüfung der Angelegenheit schriftlich mitgeteilt:

Nach dem bürgerlichen Recht (§ 626 BGB.) steht jedem Vertragsstell. der Krankenkasse wie dem Kassennarz, das freie Recht fristloser Kündigung zu, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Zum einseitigen Recht der Krankenkassen dieses Kündigungsrecht auf Grund des BGB. in einer Verordnung zu beschränken, scheint mir nicht möglich zu sein. Anders bei einer Kündigung auf Grund des § 1 der Verordnung. Dabei werden Kassennarz und Krankenkasse bei dem Ueberwachungsausschuss, dem Vertreter der Ärzte und Krankenkassen in gleicher Zahl und ein unparteilicher Obmann angehören, binnen kürzester Frist ihr Recht finden. Bei dieser Verfahrensart entfällt den Krankenkassen durch die ausschließende Wirkung der Kündigung kein wesentlicher Nachteil. Reine Vertreter werden daher im Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen schon in dessen erster Sitzung vom 20. November grundsätzlich dafür eintraten, daß diese Kündigungen erst mit der Entscheidung des Ueberwachungsausschusses wirksam werden. Außerdem stelle ich fest, daß als Vergütung nach den alten Bedingungen im Sinne des § 6 der Verordnung nur eine solche mit entsprechender Aufwertung zu verstehen ist. Im übrigen weise ich nochmals darauf hin, daß nach Ziffer 7 der Richtlinien vom 22. November der Kassenvorstand von seinen Befugnissen im § 1 der Verordnung (Aufstellung von Richtlinien nach Einholen ärztlicher Gutachten, Kündigung, Zulassungserforderung usw.) und nach § 4 Absatz 1 (Verteilung der Kassennarz auf bestimmte Bezirke) erst Gebrauch machen darf, wenn der Ueberwachungsausschuss gebildet ist. In diese Bestimmung ist der Kassenvorstand nach der neuen Fassung des § 30 der Reichsversicherungsordnung gebunden. Die Landesregierungen werden darüber wachen, daß entgegenstehende Maßnahmen der Kassenvorstände aufgehoben werden. Ich habe den Wunsch und das Vertrauen, daß der Reichsausschuss, dessen hervorragendste Aufgabe der gerechte Ausgleich der Interessen zwischen Kassen und Ärzten ist, schon in seiner ersten Sitzung vom 20. November alle unmittelbaren erforderlichen und sachdienlichen Beschlüsse fassen wird.

Weil sie gekündigt war.

Ein vereitelter Raubüberfall.

Ein Raubüberfall, den ein Dienstmädchen, um sich für ihre Kündigung zu rächen, angezettelt hatte, wurde im letzten Augenblick vereitelt. Bei einem Amerikaner in der Köpenickerstraße zu Friedenau diente eine 27 Jahre alte Frida Ringel, die zum 1. Dezember ihre Kündigung erhalten hatte.

Um sich dafür zu rächen, brachte sie ihren Viehhaber, einen viel jüngeren Schneider, der sie öfter in der Wohnung besucht hatte, auf den Gedanken, bei dem Amerikaner einzubrechen und ihn zu berauben. Der Schneider hatte aber allein nicht den Mut dazu und warb noch zwei gleichaltrige Freunde an. Am Montag sollte der Plan ausgeführt werden. Während seine beiden Freunde aufpazierten, hatte der Schneider mit seiner Geliebten bereits eine Schreibmaschine, einige Perferbrücken usw. zum Mitnehmen ausgepackt, als plötzlich der Wohnungsinhaber erschien und Licht machte. Dem Schneider gelang es noch, zu verschwinden. Jetzt änderten die vier ihren Plan dahin, zu geeigneter Zeit in der Wohnung alles zusammenzupacken und dann dem Amerikaner bei seiner Heimkehr auszulauern, ihn auf der Treppe zu überfallen und seiner Brieftasche und der goldenen Uhr mit Platinette zu berauben. Von diesem Plan erfuhr die Kriminalpolizei; Beamte lernten sich auf die Bauer und spahen, als die Räuber in der Wohnung beim Einpacken waren, plötzlich zu. Sie nahmen die ganze Gesellschaft, die sich mit Knäppeln und Tischlegern ausgerüstet hatte, fest.

Sechs Damenfrisuren in einer Stunde.

Die Kunst der Damenfriseurin hat gegen die der Zudeckbäder den Nachteil, daß ihre wunderbaren Gebilde im ersten Schloß vergehen und nur ästhetisch genießbar sind, selbst wenn die mit einer hübschen Frisur besonders veredelte Schöne ihrem Galan „zum Freieren Lieb“ erscheint. Der Aufschwung, den das Damenfriseurieren während der Krisenzeit in geschäftlicher Beziehung genommen hatte, ist mit der Verdrängung der Frauenerwerbsarbeit und der geringen Entlohnung des verbliebenen Teils derselben, wieder zurückgegangen. Die verminderte Popularität dieser Kunst muß also in höhere Qualität umschlagen. Obwohl man auch in den Kreisen der Damenfriseurin noch lange nicht mit einem Umfange rechnet, zumal jetzt wieder viele Gehilfen die Möglichkeit hemmen, mit ihrer Kunst ins zahlungsfähigere Ausland zu flüchten, sollte das jüngste Damenfriseurieren am Sonntag in der Kammerfrauen zeigen, wieviele Damen in einer Stunde frisiert werden können. Veranlaßt war der rührige Gehilfenfachverein Berlin 1884. Neben der Frisur kam es natürlich auch auf die Qualität der Leistung an. Unter den vielen Wettbewerbern schlug Herr Rörte den Rekord mit sechs verschiedenen Frisuren. Auch die zweite Preisträgerin, Frau Becker, leistete Hervorragendes. Um solche Erfolge und dabei gute Beziehungen zu erzielen, geht es freilich nicht ohne gewisse Vorarbeiten, vor allem nicht ohne Erschleite (Transformation usw. genannt) und auch nicht ohne den zugehörigen Schmutz von Kämmen, Bändern und Federn ab. In der Praxis nimmt die Prozedur wesentlich längere Zeit in Anspruch. Mit einem Affordrisieren und dadurch wesentlich verbilligten Preisen, die es auch den Frauen und Töchtern der Arbeitnehmerschaft ermblichen, sich wieder einmal frisieren zu lassen, ist also einstweilen trotz dem Schnellfriseurieren, nicht zu rechnen.

Der untergegangene deutsche Dampfer „Aronos“ ist, einer Mitteilung der Estnischen Gesandtschaft zufolge, unweit der Insel Desol, 15 Kilometer von Riikond im Fischwasser Wätschuri, nicht auf eine Mine, sondern auf einen Felsen gestoben.

Ein Dollar-Verwächtnis. Der am 21. November im Metropolitan-Hospital im Alter von 92 Jahren verstorbene New Yorker Bürger Louis Bohmeyer vermachte seiner Vaterstadt Mainz testamentarisch die Summe von 75 000 Dollar zur Verteilung an Pausenhäuser, Krankenanstalten und Stifte. Das Testament sprach außerdem der in Mainz lebenden Schwester des Verstorbenen den Zinsgenuß aus einem Betrag von 20 000 Dollar zu.

Gewerkschaftsbewegung

Neue Bestimmungen für Arbeitsnachweise.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung erläßt neue Bestimmungen über die Aufsicht, die Einrichtung und den Betrieb der nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise, die nicht Arbeitsnachweisämter im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes sind. Aus diesen Bestimmungen ist folgendes hervorzuheben:

Die Aufsicht über die nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise ist den Landesämtern für Arbeitsvermittlung und der Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) übertragen und dient dem Zweck, die Durchführung der für diese Arbeitsnachweise erlassenen Vorschriften zu überwachen. Die Aufsicht über solche Arbeitsnachweise, die über den Bereich eines Landesamtes für Arbeitsvermittlung hinausreichen, wird gemäß § 44 Absatz 1 des Arbeitsnachweisgesetzes dem Landesamt übertragen, in dessen Bezirk sie ihren Sitz haben, wenn nicht die Arbeitsverwaltung selbst die Aufsicht übernimmt. Für die Geschäftsführung haben die Leiter der nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise Geschäftsleiter zu bestimmen, die für die Erfüllung der Vorschriften verantwortlich sind. Sie dürfen nicht zugleich das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreiben. Die nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, dem die Aufsicht führenden Arbeitsnachweisamt alle zur Durchführung der Aufsicht erforderlichen Angaben zu machen und dem Beauftragten Einblick in die Geschäftsführung zu gewähren. Aus der Bezeichnung der nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise muß zu erkennen sein, wer Träger der Einrichtung ist und für welche Berufe oder Personengruppen die Arbeitsvermittlung ausgeübt wird. Verboden ist den Arbeitsnachweisen, für andere als die angegebenen Berufe Arbeit zu vermitteln. Zwischen den Arbeitsnachweisen soll ein Ausgleich stattfinden, dergestalt, daß die nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise offene Stellen, die sie voraussichtlich nicht besetzen, und Arbeitsuchende, die sie nicht unterbringen können, weiterzuleiten haben. Die Vorschriften über den Ausgleichsverkehr werden vom Vorsitzenden des zuständigen Landesamtes für Arbeitsvermittlung im Einvernehmen mit dessen Verwaltungsausschuss erlassen. Werden Gebühren erhoben, so dürfen diese nur die Höhe der Linsen der Arbeitsvermittlung betragen. Eine Gebühr darf aber nur erhoben werden, wenn ein Arbeitsvertrag zustande gekommen ist. Haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Tätigkeit des Arbeitsnachweises in Anspruch genommen, so haben sich beide Parteien die Gebühren zu teilen. Entgegenstehende Vereinbarungen zugunsten des Arbeitnehmers sind nichtig. Vereine, deren Zweck ausschließlich oder vorwiegend auf Arbeitsvermittlung beruht, dürfen weder Eintrittsgebühren noch Beiträge erheben. Die Arbeitsnachweise haben über die bei ihnen eingehenden Anträge laufend Aufzeichnungen zu führen, bei denen weder Notizen vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden dürfen und die noch zwei Jahre nach der letzten Eintragung aufzubewahren sind. Werden von den nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen Stellenlisten ausgeben, so sind diese laufend dem Landesamt für Arbeitsvermittlung bzw. der Reichsarbeitsverwaltung einzureichen. Bis zum 1. Februar 1924 ist dem zuständigen Landesamt für Arbeitsvermittlung vom Geschäftsführer jedes nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweises eine jährliche Rechnung nach einem besonderen Muster zu erstatten. Jede Veränderung oder Einstellung des Betriebes ist binnen einer Woche dem Landesamt für Arbeitsvermittlung zu melden. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Januar 1924 in Kraft.

Goldlöhne der Reichs- und Staatsarbeiter.

Die Funktionäre und Vertrauensleute des Deutschen Verehrerbundes der Gruppen Post-, Telegraphen- und Fernsprecherpersonal, Reichs- und Staatsbetriebe, nahmen gestern im Gewerkschaftshaus Stellung zu den Goldlöhnerverhandlungen der Spitzenorganisationen.

Scherff von der Reichsabteilungsleitung gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium. Die Einteilung Deutschlands in drei Wirtschaftsgebiete mit der ausgesprochenen Absicht, die östlichen Gebiete niedriger zu entlohnen als die Mitte und die Mitte niedriger als das westliche Industriegebiet, mußte schon mit größtem Widerstande aufgenommen werden. Als ganz und gar ungenügend sei das letzte Angebot der Regierung zu bezeichnen. Bei einem Stundenverdienst im Wirtschaftsgebiet 2, zu dem Berlin gehört, von 30 Pfennig in Gruppe 7, der sich in der Gruppe 1 auf 51 Pfennig erhöht, wozu noch für Berlin 8 Proz. Sonderzuschlag und für die Frau und jedes Kind je 3 Pfennig kommen, ist eine Existenzmöglichkeit nicht gegeben. Die Regierungsvorleiter erklärten, mehr könnten sie nicht geben, da sie von der Rentenwerk abhängig wären und Einnahmequellen außerdem nicht zur Verfügung ständen. Immerhin müsse betont werden, daß ausdrücklich von Goldlöhnen in der Verhandlung die Rede war und eine etwaige Entwertung der jetzigen Zahlungsmittel eine Aufwertung der Löhne nach sich ziehen müsse.

In der Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß vor allem die Entlohnung der vorigen Woche eine ganz bedeutende Verbesserung erfahren müsse und sofort alles zu veranlassen sei, um möglichst am nächsten Tage Geldmittel zur Verfügung zu haben. Das Verhandlungsergebnis sei als ungenügend abzuurteilen und zu diesem Zwecke eine Urabstimmung herbeizuführen. Folgende Entlohnung fand einstimmige Annahme:

Die am 26. November 1923 im Gewerkschaftshaus versammelten Funktionäre und Vertrauensleute der Sektion VI des DVB, Post und Telegraphie, Reichs- und Staatsbetriebe, nahmen mit Zustimmung von dem minderwertigen Angebot der Regierung Kenntnis. Sie lehnen dieses Angebot ab und fordern stattdessen die beteiligten Verbände auf, sofort im ganzen Reich eine Urabstimmung über dieses Angebot einzuleiten. Bringt die Urabstimmung eine Ablehnung, welche zu erwarten ist, so ist sofort der DVB zu verständigen, um einen Kampf der gesamten Reichsarbeiterchaft herbeizuführen. Dabei werden folgende Forderungen gestellt:

1. Festsetzung eines beständigen Grundpreises aller Verbrauchsgüterstände, insbesondere der Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel. Diese Grundpreise dürfen vom Verkäufer nicht geändert werden, sondern, wenn es erforderlich ist, werden sollte, nur in Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den zuständigen Ministern.
2. Anpassung der Goldlöhne an diese Grundpreise auf Basis der Vorkriegszeit.

Maßnahmen gegen Doppelverdiener.

Es mahnen sich die Ängste, daß sogenannte Doppelverdiener, insbesondere verheiratete Frauen, deren Männer voll beschäftigt sind, in Arbeit stehen, während zahlreiche erwerbslose Männer und Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, sich vergebens um Arbeit bemühen. Einen gesetzlichen Zwang zur Nichtausübung dieser sogenannten Doppelverdiener auszuüben, ist nach

Ansicht des Reichsarbeitsministeriums aus mannigfachen Ursachen bedenklich. Das Reichsarbeitsministerium hat sich aber an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie an die Reichs- und Landesbehörden mit der Bitte gemeldet, zu veranlassen, daß jedenfalls keine sogenannten Doppelverdiener mehr neu eingestellt und auch die bereits beschäftigten Doppelverdiener insoweit entlassen werden, als es die Betriebsverhältnisse gestatten und ungerechtfertigte Härten nicht entstehen. Es ist von der sozialpolitischen Einsicht der beteiligten Kreise zu erhoffen, daß so vermieden wird, daß einzelne Familien unverhältnismäßig hohe Einkünfte erzielen, während andere Not leiden.

Abbau der Sozialgesetzgebung.

Im Bericht über die Berliner Funktionärerversammlung vom Dienstag hat sich bei Wiedergabe der Diskussionsrede des Genossen Ruben ein sinnenstehender Fehler eingeschlichen. Gen. Ruben sieht in der neuerdings erfolgten Beseitigung der Schlichtungsausschüsse einen Rückschritt gegen früher. Er weist auf die Bedeutung der Exekutive auch für die Ueberwachung der Arbeitsbestimmungen hin. Juristisch besteht nicht die Möglichkeit, im Verordnungswege die Beseitigung des Achtstundentages durchzuführen.

Schwierigkeiten in der Stach- und Gipfbandgruppe.

In einer Versammlung dieser Gruppe am Montag schilderte deren Leiter Schenk an Hand verschiedener Vorkommnisse die Unzutruglichkeiten, die sich ergeben haben. Die Unternehmer haben bei laufendem Tarifvertrage unannehmbare Abänderungen desselben gefordert, wie Mehrleistung bei schlechter Bezahlung, Akkordarbeit usw. Zugleich wurde von ihrer Seite eine recht plumpe Hege gegen die Gewerkschaftsführer inszeniert. Dabei fanden sie Arbeiter, Kollegen, die in diese Hege mit einwilligen. Obendrein wird die Forderung vom Bauergewerksbund propagiert durch Gründung einer Sonderfachgruppe, die offenbar als Wiederholung der „Freien Vereinigung“ unter dem Protektorat der Unternehmer gedacht ist. Der Referent ersuchte daher die Kollegen, es sich wohlweislich zu überlegen, auf solche Machinationen einzugehen, die eigene Organisation zu schwächen. Wenn auch nicht immer alles nach Wunsch gehe in der Gewerkschaft, so sei zu bedenken, daß die Verhältnisse oft härter sind. Von den Unternehmern soll man nicht erst lernen müssen, daß Einzelheit stark macht. Die Diskussion wandte sich gegen alle Querstreben und klang im dem Entschluß aus, ihnen mit allen Mitteln zu begegnen.

Vorsicht bei Arbeitsuche im Auslande.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß reichsdeutsche Arbeitsuchende ins Ausland, insbesondere nach Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und in die Türkei gehen, um dort Arbeit zu suchen. In den allermeisten Fällen sind solche Reisen nicht nur ganz zwecklos, sondern bringen auch vielfache Unannehmlichkeiten für die Betroffenen mit sich, da die wirtschaftlichen Verhältnisse auch in diesen Ländern keineswegs so beschaffen sind, daß die Zuwanderer ohne weiteres Arbeit erhalten könnten. Es muß daher vor solchen Auslandsreisen, die nicht auf Grund eines einwandigen Arbeitsvertrages unternommen werden, dringend gewarnt werden, weil diese Arbeitsuchenden im Auslande nur dem grössten Elend preisgegeben sind, zumal wenn sie, wie es oft vorkommt, nicht einmal im Besitze ordnungsmäßiger Pässe sind.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Rumäniens.

Am 4., 5. und 6. November hielt der Verband der Tagelöhner und Fabrikanten der rumänischen Hafenstädte in Galatz seinen ordentlichen Kongress ab. Es waren 42 Delegierte von 10 Gewerkschaften anwesend, die 5518 Arbeiter vertreten. Ingesamt gibt es in Rumänien 8000 Hafenarbeiter und 8000 Fabrikanten. Der Kongress beschloß einstimmig den Anschluß des Verbandes an die IFT. Ferner wurden einige die engere Zusammenarbeit und intensivere Unterstützung der verschiedenen Verbände sowie die Organisationsfrage im allgemeinen betreffende Resolutionen angenommen. Die Statuten wurden im Sinne der Satzung des IFT gründlich revidiert.

Die Aussperrung in Christiania infolge von Lohnstreitigkeiten in der Tabak- und der Papierindustrie umfaßt 16 000 Arbeiter. Eine Konferenz der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ist um die Beilegung der Differenzen und damit um die Beendigung der Aussperrung bemüht.

Wählung, Wahlkommission und Berufsgenossen! Konferenz sämtlicher Funktionäre und Vertrauensleute der Farmer und Berufsgenossen am Donnerstag abend 5 Uhr im Lokal von Hermann Sontke, Jungfernst. 21.

Wirtschaft

Einführung von Rentenmarktparfonen. Durch die Ausgabe der Rentenmarktscheine wird nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern eine weitere Gelegenheit zur Ausdehnung des wertbeständigen Spareinlageverkehrs geschaffen. Da die Rentenmarktscheine und ihre Leisflüsse das neben der Papiermark allgemein verwendete Zahlungsmittel zu werden bestimmt sind, so steht zu erwarten, daß dieses auch im weitesten Umfange unmittelbar als Sparmark und Sparpennig den Sparplänen zugrunde gelegt werden wird. Es wird deshalb den Sparplänen empfohlen, ungeändert alle Vorkehrungen zur Einführung von Rentenmarktparfonen zu treffen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit zur Gewährung von wertbeständigen Krediten in Rentenmark, bei deren Ausgabe und Bemessung inbessm mit der durch die Hochwertigkeit der Kreditaktiva und die Wertbeständigkeit der Sparplänen gebotenen Vorsicht verfahren werden muß. Der bisherige Goldsparmarkverkehr bleibt bis auf weiteres bestehen. Zu Einzahlungen kann — wie bisher — die Papiermark wie das neue Rentenbankgeld zu dem amtlich festgesetzten Umrechnungskurs Verwendung finden. Die Rückzahlung hat nach Wahl der Sparpläne mit den gleichen Zahlungsmitteln zu erfolgen. Auch die Papiermarkparfonen sind in der bisherigen Weise fortzuführen, soweit die Einleger nicht die Uebertragung auf ein wertbeständiges Konto unter Umrechnung nach dem amtlich festgesetzten Kurs beantragen. Unverändert werden die Papiermarkparfonen nach zur Einlegung kleiner Sparbeträge und zur Berechnung von Spartenbeträgen bleiben.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Osterwald; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Rumänien: Dr. John Schillowitz; Politik und Sozialien: Fritz Rastbach; Ausland: Th. Stöckel; Illustration: Berlin; Verlags: Hermann Sontke u. Co. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann Sontke-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts
991 schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tagewohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht
Verband mit d. „Or.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsvorkäufe
Bei allen Zeitungsänderungen und Klößen zu haben
Verlag und Hauptanstellung: enannahme
Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 2-4 Fernsprecher: Dönhoff 2310-2312

Kraus-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
100 Köpenicker
Marken-Zigaretten
von 1.8 an
Siegaren 5 Pf. an
Tabako 2 Pf. an
Joh. Kraus & Co. Berlin
Hol-Ko
Str. 2.

+ Geschlechtskrankheit +
Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Wunden, Hautveränderungen, harter Wasserkopf, auch bei allen sexuellen Krankheiten.
Phorosan
Das neue bewährte Mittel. Sofortige Wirkung. Keine Entzündungen und Entschärfen.
Gewissenhafte ärztl. Beratung.
Phorosan-Phelantol
Votabacherstr. 109, nahe Steglitzer Str.
Vormannstr. 191, nahe Köpenicker Str.
Gerechtheit für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonntag 9-12

Preiswertes Angebot!
Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestricke
Hosen
Knaben-Stoff- u. Wäsche-Anzüge
auch einzelne Knaben-Hosen
München-Gladh. Hosen-Zentrale
NW. 27, Bismarckstr. 39, Bismarck-Laden, am Ringbahnhof Beusselstr.
Fahrzeilvergütung
Ungeheuer billige in Paris sind alle Leder- und Stoff-waren. Diese Anzüge in „Werk“ sind billig!

E. BERNSTEIN
Der Sozialismus einst und jetzt
Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel:
„Der Sozialismus und die Arbeiterbewegung“
„Das Bleibende im Marxismus“
Grundzahl brosch. M. 2.50, geb. 4.- x Schöffelzahl
Buchhandlung Vorwärts / SW 68, Lindenstr. 2